

# RS Vwgh 1988/6/8 87/03/0152

JUSLINE Entscheidung

🕒 Veröffentlicht am 08.06.1988

## Index

10/07 Verwaltungsgerichtshof

40/01 Verwaltungsverfahren

50/03 Personenbeförderung Güterbeförderung

## Norm

AVG §37;

KfIG 1952 §4 Abs1 Z3;

VwGG §42 Abs2 litc Z2;

VwGG §42 Abs2 litc Z3;

VwGG §42 Abs2 Z3 litb;

VwGG §42 Abs2 Z3 litc;

## Rechtssatz

Im Verfahren über den Antrag des Inhabers einer Kraftfahrlinienkonzession auf Aufhebung des Bedienungsverbotes trifft den Antragsteller eine Mitwirkungspflicht hinsichtlich der Erhebungen betreffend das Verkehrsbedürfnis. Dass sich der Antragsteller zu den von einem Konkurrenten erhobenen Einwendungen gegen die Aufhebung des Bedienungsverbotes nicht äußert, enthebt die Behörde jedoch nicht ihrer Verpflichtung, von Amts wegen um eine Klarstellung des Sachverhaltes bemüht zu sein und berechtigt sie nicht, vor einer solchen Klarstellung über den mit dem Antrag verfolgten Zweck Vermutungen anzustellen.

## Schlagworte

Sachverhalt Sachverhaltsfeststellung Verfahrensmangel Sachverhalt Sachverhaltsfeststellung Parteivorbringen  
Erforschung des Parteiwillens Sachverhalt Sachverhaltsfeststellung Mitwirkungspflicht

## European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:VWGH:1988:1987030152.X02

## Im RIS seit

11.07.2001

## Zuletzt aktualisiert am

27.09.2009

**Quelle:** Verwaltungsgerichtshof VwGH, <http://www.vwgh.gv.at>

© 2026 JUSLINE

JUSLINE® ist eine Marke der ADVOKAT Unternehmensberatung Greiter & Greiter GmbH.

[www.jusline.at](http://www.jusline.at)